

Deutschland, Oesterreich, Böhmen.

B e r i c h t

über die Conferenz, welche am 29. April 1848 in Prag zwischen den Abgeordneten des Fünfzigerausschusses von Frankfurt a. M. und einigen Mitgliedern des böhmischen National-Ausschusses gepflogen worden ist.



Zu haben für 3 kr. C. M.

bei Ignaz Klang, Buchhändler in Wien, Dorotheergasse Nr. 1105, im linken Eckhause vom Graben hinein.

Nachdem der Präses der 9ten Section des böhm. Nationalauschusses, Graf Albert Rostk, in dessen Hause die Conferenz statt fand, die beiden Abgeordneten, H. S. Wächter und Kuranda, begrüßt und sie eingeladen hatte, die Besprechung zu beginnen, eröffnete Wächter dieselbe, indem er mittheilte:

„Der Zweck ihrer Sendung sei, die Böhmen zur Wahl der Deputirten und ihrer Absendung nach Frankfurt zu bestimmen. Allein in Folge dessen, was sie in Prag schon gehört und gesehen, geben sie im Voraus die Hoffnung des gewünschten Erfolges auf, doch sei ihnen die Gelegenheit zu einer freundschaftlichen Besprechung sehr angenehm. Offen sollen die Ansichten ausgetauscht werden, damit man wisse, was wir beiderseits in Zukunft von einander zu erwarten haben.“

Kuranda: Er müsse vor Allem bemerken, daß er einen doppelten Standpunkt einnehme: einer eigentlichen Deutschen als Deputirter von Frankfurt und den andern als dahin Abgeordneter von Oesterreich; vorläufig wolle er mehr vom letzteren Gesichtspuncte aus reden. Bei der Constituirung Deutschlands nehme Norddeutschland, besonders aber Oesterreich eine andere Stellung ein, als die kleinen süddeutschen Staaten; diese müssen sich wegen ihrer Nähe an Frankreich und wegen ihrer Kleinheit näher an einander schließen. — Oesterreich brauche seine Autonomie nicht aufzugeben, werde dies doch auch Preußen kaum thun, in dessen sei es wichtig, daß sich Oesterreich jetzt schon an der Reconstituierung Deutschlands mitbetheilige; denn wollte Oesterreich erst die Vollendung der Verhandlungen abwarten, dann würde Deutschland ohne Zweifel strengere Bedingungen stellen, Oesterreich müßte Alles so hinnehmen, wie es nun schon einmal fertig wäre. Oesterreich finde keinen natürlicheren Verbündeten außer Deutschland, vermöge nichts ohne Deutschland, nur durch Deutschland könne es genug stark sein, einerseits gegen Frankreich, andererseits gegen Rußland.

Hawljcek (Redacteur) entgegnete, daß wir von Frankreich nichts zu fürchten hätten, es wäre nur in Interesse Deutschlands uns gegen Frankreich zu benützen. Wenn aber Rußland gefährlich werden wollte, so sei eben diese Gefahr gleichzeitig für Deutschland, dieß wäre somit dann ein nothwendiger Allirter Oesterreichs, ohne daß hiezu lange im Voraus ein engeres Anschließen Oesterreichs an Deutschland nöthig wäre.

Dr. Kliebert las einen Aufsatz, in welchem er seine Ansichten über die Stellung Oesterreichs zu Deutschland aussprach und seine Meinung, Böhmen solle sich an Deutschland nicht anschließen, motivirte.

Es sei unsere erste und heiligste Pflicht, zu Hause am Landtage unsere inneren und besonderen Landesangelegenheiten zu ordnen, sodann am Reichstage in Wien die äußeren und allgemeinen Angelegenheiten des Kaiserstaates ordnen zu helfen. Wir könnten nur eine doppelte Gesetzgebung über uns anerkennen, den Landtag in Prag und die Reichsstände in Wien, wozu brauchten wir dann noch ein gesetzgebendes Parlament in Frankfurt über uns? Werde es gut sein, wenn wir auch Gesetze von Frankfurt erhalten, wo man unsere Bedürfnisse nicht kenne, und wo Böhmen, ja selbst ganz Oesterreich denn doch in der Minorität bleiben könne. Die Nationalversammlung in Frankfurt wolle durch den Anschluß Oesterreichs die Starkwerdung Deutschlands, ja nach dem Programme des Wiener Central-Wahlcomité solle der österreichische Kaiserstaat von seiner Souveränität so viel geben, als Deutschland zu seiner Kräftigung brauche. Heiße das nicht, sich auf fremde Kosten bereichern wollen? Wie kommt Oesterreichs Kaiserstaat dazu, über einen Theil seiner Länder die Souveränität einbüßen zu müssen? Deutschland begehre den Anschluß Oesterreichs wohl nur deshalb so dringend, weil Oesterreich allein das monarchische Prinzip in Deutschland aufrecht zu erhalten im Stande sein dürfte. Republikanismus und Communismus — in Oesterreichs Ländern Gott Lob noch ziemlich unbekannt — unterwühlen bereits einen großen Theil Deutschlands; der Pesthauch davon wehe von Süden nach Norden über Deutschland und drohe selbes nach vielleicht langen Bürgerkriegen in zwei Republiken, in Süd- und Norddeutschland zu spalten. Die Scenen in Freiburg und bei Randern, die Ostentationen in Heidelberg und Köln geben Zeugniß davon. Oesterreich solle der Arzt sein. Eine große, schöne Aufgabe, wenn nur Oesterreich selbst gesund und stark wäre! Sollte aber Oesterreich, selbst in seinen Grundfesten erschüttert, sich mit der Heilung fremder Pestbeulen abgeben, um den Todeskeim in seine eigenen Eingeweide zu pflanzen? Der Redner glaube, wir räumen erst zu Hause auf, und dann helfen wir brüderlich, wo außer dem Hause zu helfen ist. Die Furcht vor Rußland, die materiellen Vortheile und die Besorgnisse vor czechischen Uebergriffen wären wohl theilweise der Grund, den Anschluß an Deutschland zu wünschen, und das deutsche Parlament zu beschicken. Niemand liebe aber gegenwärtig mehr die Freiheit, und hasse den Tyrannen bitterer als der Cech. Das haben die Männer des 11. März l. J. thatsächlich bewiesen. Freudig werden sie mit ganz Deutschland in den ersten Reihen kämpfen, wenn es dem nordischen Ty-

rannen gelten sollte, die junge Freiheit Oesterreichs oder Deutschlands zu gefährden. Das engste Schutz- und Trutzbündniß mit Deutschland gegen jeden Feind der Freiheit und gegen Rußland insbesondere sei allgemeiner Wunsch. Sei aber dazu ein Aufgehen Oesterreichs und Böhmens, eine Beschickung des deutschen Parlaments, eine Unterwerfung unter die Gesetzgebung in Frankfurt nöthig, und die materiellen Vortheile können gleichfalls durch einen freundlich nachbarlichen Anschluß an Deutschland für unser Vaterland und für den ganzen Kaiserstaat erzielt werden, ohne Beschickung des Parlaments, ohne Unterwerfung unter die Frankfurter Gesetzgebung, ohne Aufgehen eines großen Theils Oesterreichs in Deutschland; Zoll- und Handelsverträge, Verträge über gleiche Münze, Gewicht, Wechsel, Postangelegenheiten u. s. w. könnten im Wege einer Gesandtschaft, vielleicht in kürzerer Zeit und vortheilhafter abgeschlossen werden, als durch die Deputirten Oesterreichs oder Böhmens im Parlamente, die möglicherweise jedesmal überstimmt werden können. Das Mißtrauen gegen czechische Uebergriffe sei ungegründet. Die Cechen haben es bereits bewiesen, daß sie für ihre deutschen Mitbewohner gleichmäßig Alles erbaten, und für sich selbst nichts als Gleichstellung, die ihnen vor Gott und der Welt gebührte. Uebergriffe können nicht nachgewiesen werden, und die Stimmen einzelner Schreier (so wie unter den Deutschen gleichfalls) seien nicht die Stimme der Nation. Endlich wären die Cechen nicht werth frei zu sein, wenn sie nicht die vollste Freiheit auch den deutschen Mitbewohnern Böhmens zugestehen wollten. Daß die Cechen aber der Freiheit nicht würdig seien, könne man doch nicht behaupten, ohne eine ganze Nation auf's gröbste zu beleidigen. Der böhmische Landtag in Prag sei vor der Thür, die Bitte um dessen Ausschreibung liege in Wien. Böhmen soll circa 500 Vertreter auf den Prager Landtag, 160 nach Wien senden, Frankfurt verlange auch circa 70 Vertreter aus Böhmen! Wo soll Böhmen zuerst seine Vertreter hinschicken? Das eigene Haus und den Kaiserstaat gilt es zuerst besetzen. Jetzt schon zur Einigung und Starkwerdung Deutschlands beitragen zu wollen, wo die Gefahr da sei, daß inzwischen Oesterreichs Kaiserstaat in Trümmer zerfällt, und somit auch unser Vaterland in Feuer und Flammen gerathen könne, wäre Verrath am Vaterlande, Verrath an Oesterreichs Kaiserhaus! Der tausendjährige Verband Böhmens mit Deutschland könne nicht in Betracht kommen, wenn es sich um das eigene Vaterland und um die Existenz unseres Kaiserstaats handelt. Letztere Bande müssen uns näher liegen und heiliger sein. Das Historische sei nicht mehr maßgebend für Völker, denn wäre es das, so würde noch manches in der Jetztzeit vorhanden sein, was glücklicherweise verschwunden ist. In der Hinsicht sei der deutsche Bund vom Jahre 1815 verschwunden, der ohnedies nur ein Bund der Fürsten zur Knechtung der Völker war, und der zu Deutschland jene Länder Oesterreichs einbezog, welche blos die Landkarte, nicht aber das practische Volksleben bemerkbar gemacht hat. Die in Frankfurt ausgesprochene Versicherung der gleichmäßigen Berechtigung auch nicht deutscher Nationalitäten entspreche zwar ganz der Forderung der Gerechtigkeit, aber sie sei ohne Zugkraft für die czechische Bevölkerung Böhmens. Der Cech erblicke in der zu Frankfurt ausgesprochenen Gleichberechtigung auch nicht deutscher Nationalitäten nicht eine wirkliche Garantie, sondern blos die Anerkennung dessen, was er schon hat. Der Cech wolle vereint mit seinen deutschen Mitbewohnern sein Vaterland zunächst und zugleich seinen Kaiserstaat besetzen und kräftigen helfen. Dieser Pflicht dürfe auch der deutsche Bewohner Böhmens zunächst leben. Der baldmöglichste äußere, freundschaftlichste Anschluß an Deutschland zur Wahrung der beiderseitigen materiellen Interessen und zum Schutze der beiderseitigen jungen Freiheit sei wohl im eigenen Interesse Oesterreichs und Böhmens gelegen. Dazu bedürfe es aber einer bloßen diplomatischen Sendung, keiner Volkswahlen nach Frankfurt, keiner Unterwerfung unter's deutsche Parlament. Für den Anschluß in der Art aber, daß Böhmen sich dem deutschen Parlamente unterwerfe, von Frankfurt seine Verfassung und Grundgesetze erhalten, Oesterreich in Deutschland mehr oder weniger aufgehe, Deutschland Hauptzweck, Oesterreich nur das Mittel zur Erreichung dieses Zweckes, somit Nebenzweck sei, und vom deutschen Parlamente mehr oder weniger abhängen solle, dafür seien selbst für den Fall, als man Oesterreichs Kaiser mit der Schattengröße eines deutschen Kaisers beglücken wollte, gar keine Sympathien unter der czechischen Bevölkerung Böhmens. Dieser Meinung werden vielleicht am Ende selbst die deutschen Bewohner Böhmens und alle übrigen loyalen Staatsbürger Oesterreichs auch in den übrigen deutschen Provinzen bei ruhiger Ueberlegung beitreten. Will das deutsche Parlament auf dem Anschluß Oesterreichs und Böhmens in letzterer Beziehung bestehen, so würde es einen Volksstamm wider seinen ausgesprochenen Willen zwingen — das können die freien Männer Deutschlands nicht, — es würde am Ende die Brandsfackel des Bürgerkrieges in das schöne Böhmerland werfen, einen allgemeinen Krieg zwischen Deutschen und Cechen, die oasenförmig unter einander wohnen, hervorrufen, und gerade dadurch Rußland am meisten in die Hände arbeiten, welches nicht aufstehen

würde, in diesem Kampfe beider Nationalitäten seine Rechnung zu finden. Daß der Monarch Wahlen für Frankfurt angeordnet, könne nicht als Bestimmungsgrund für Böhmen gelten. Nur die Volksvertretung hatte darüber zu entscheiden, nicht mehr das Ministerium. Diese Volksvertretung solle man abwarten, und sich mit dem Bescheide des Nationalwillens begnügen, welcher sich ganz gewiß für die festeste Verbrüderung mit Deutschland gegen jeden Feind der Freiheit aussprechen werde, ohne daß es eben deshalb dazu einer Unterordnung des Kaiserstaates Oesterreich und Böhmens unter das deutsche Parlament bedürfe.

Kuppert: Herr Kuranda habe ein flüchtiges Bild von Deutschland entworfen, er, der Redner, wolle es vollenden. Schleswig-Holstein sei mit Dänemark im ernstesten Conflict, die Zustände Belgiens hängen in der Schwebe, Frankreichs Republik unterwühle vielleicht jetzt schon die Organisation der Arbeit, die Schweiz habe sich noch immer nicht consolidirt, Italien scheine für Oesterreich trotz der temporären Fluctuation verloren zu sein, Deutschland selbst hege im Süden viele reactionäre Elemente die das deutsche Parlament auf ein Pulverfaß stellen; so stehe für Deutschlands Wohl nur der Osten offen, um der schwelenden Kraft seiner Industrie neue Absatzquellen zu schaffen. Deutschland möge daher bedenken, daß gerade die Slaven das Bindungs-glied sind, wodurch seine Produkte bis an die Pulsader der Monarchie gelangen können, die sich Oesterreich mitten im Frieden unterbinden ließ. Vom socialen Standpunkte aus betrachtet sei es im Interesse Deutschlands selbst, daß sich die Slaven consolidiren und ihre Freiheit behaupten. Der Schwerpunkt der Monarchie falle in die slavischen Theile derselben, die ihre feste und einige Stütze seien. Wo liege daher die Nothwendigkeit der Beschickung des deutschen Parlamentes? Wo seien die Vortheile zu erblicken, die uns das einige Deutschland bieten kann? Er glaube daher nicht unbescheiden zu sein, wenn er sage: Deutschland könne erst dann einig sein, wenn sich die Slavenvölker consolidirt haben werden, damit das sociale Band sich fest um alle Völker schlinge, das fester ist, als alle politischen Bande, denn es seien jetzt nicht die Fürsten, sondern die Völker, die sich die Brüderhände reichen. Schlußlich stellte der Redner als Resultat des Strebens der Slavenvölker nach Consolidirung eine Versammlung ihrer Abgeordneten zur geeigneten Besprechung ihrer Interessen in Prag in baldige Aussicht. — Kuranda sprach Allgemeines über den Anschluß Böhmens an Deutschland, erinnerte, daß erst die Zukunft die Slaven vereinigen dürfte, daß aber die Gegenwart erheische, doch ja Deputirte nach Frankfurt zu schicken, wenn sie auch nur als Zeugen oder Beobachter auftreten, ohne sich oder das Land zu binden. — Palacky will Oesterreich weder deutsch noch slavisch genannt wissen, die dem Kaiserstaate zu Grunde liegende Idee sei die gleiche Berechtigung aller Nationalitäten. Oesterreich sei schon gegen 300 Jahre ein eigenes arrondirtes Ganze. — Er ojan sprach gegen die Zuzählung: bloße Zeugen und Beobachter nach Frankfurt zu schicken; es handle sich jetzt um eine Constituirung Deutschlands, also zunächst um dessen eigene innere Organisation. Was sollen bloße Beobachter, und Zeugen dabei? Die seien ganz unnütz und überflüssig und könnten dort nur hinderlich sein. — Kuranda erkenne selbst an, die Verhältnisse bei uns seien anderer Natur und erheischen andere Institutionen als im übrigen Deutschland; — besonders in Süd-Deutschland, deßhalb könne es nur in dessen eigenem Vortheile liegen den Deutschen nur Lieb sein, daß wir sie darin nicht beirren, daß sie für sich allein handeln, sich ganz nach ihren besonderen Bedürfnissen einrichten können. Und so auch wir. Jeder ordne zuerst sein eigenes Hauswesen, Deutschland und Oesterreich mögen als gleichberechtigte Nachbarn in Frieden und Freundschaft neben einander bleiben, der Eine möge in die innern Angelegenheiten des Andern sich nicht mengen; die äußeren Beziehungen würden sich dann wie sonst unter souveränen Staaten ordnen. Dann erst werde der Eine wie der Andere wissen, mit wem er's zu thun habe, was der beiderseitige Vortheil erheische. Denn keine Aufopferung könne Völkern gegenseitig nicht zugemuthet werden. Wenn Deutschland später nach seiner innern Ordnung unsern Anschluß nicht brauchen sollte, warum wolle es uns jetzt haben? Wir würden uns auch dann nicht aufdringen. Wenn Deutschland mit 24 Millionen Einwohner allein bestehen könne, werde es Oesterreich mit 36 (reclius 38) Millionen um so sicherer. Oesterreich sei mit seinen Slavenvölkern offenbar größer als Deutschland, und könne noch mächtiger werden, wenn es die Slaven der Donauländer zu gewinnen wissen werde. Uns Czechoslaven seien die Slaven näher als die Deutschen, und wir verhandeln noch nicht um einen politischen engeren Verband mit denselben. Mit Allen wollen wir in Frieden leben und namentlich auch mit den Deutschen als mit gleichberechtigten Nachbarn immer freundschaftlich verkehren; es sei nun aber an den Deutschen, solche freundschaftliche Beziehungen möglich zu machen. Je freiwilliger die Bande, desto inniger, desto fester würden sie sein, und mit allen freien Slaven zusammen werde Oesterreich eine ganz andere weit ansehnlichere Macht bieten können, als ohne dieselben; man möge diese nicht wohl gar zu Segnern statt zu Freunden machen.

Dr. Rieger sprach in Bezug auf die angeregte Gefahr von Rußland aus für die Nothwendigkeit eines selbstständigen Oesterreich. Insbesondere hob er diese Nothwendigkeit für Deutschland selbst hervor, das ja schon in diesem Sinne die Herstellung eines selbstständigen Polens fordere. Polen werde aber kaum so mächtig

werden, wie man sich etwa nach dem Bilde eines altpolnischen Königreiches wünschen oder denken möchte. Man rechne dazu gewöhnlich die 16 Millionen Kleinrussen die russischen Glaubens, und in neuester Zeit meistens von der Union mit der katholischen Kirche zurückgebracht worden sind, und nun wohl schon für immer bei Rußland bleiben dürften. Es werde jedenfalls nur ein auf die ethnographischen Grenzen beschränktes Polen wiedererstehen können, dieses wäre nun zu schwach, um das zu leisten, was Deutschland von ihm erwarte. Im Interesse der Ruhe Europa's und des staatlichen Gleichgewichts müsse Oesterreich stark sein in seiner Selbstständigkeit. Stark werde es durch seine Slaven, welche eine Vereinigung wünschen. Besonders seien es die Südslaven, bei denen sich der Drang nach Vereinigung am entschiedensten ausspreche, und vielleicht zu einem Conflict mit den Magyaren, ja zur völligen Umgestaltung Ungarns führen dürfte. Die Slaven bilden den Kern der Monarchie, auf sie, auf ihre Sympathien für die fortwährende Vereinigung in der Monarchie, auf ihre Sympathien unter sich müsse sich das wiedergeborene constitutionelle Kaiserthum stützen. Nicht mehr die Gewalt, wie sonst; der gegenseitige Vortheil aus der Verbindung gleichberechtigter Völker sichere den Fortbestand der Monarchie. Aus einer statistischen Uebersicht der Slavenvölker insbesondere in den Donauländern zog der Redner den Schluß, daß eine Politik nicht die gerühmte Scharfsinnigkeit haben konnte, welche diese Donauländer übernahm, während sie sich unfruchtbar nach Italien richtete. Die blutigen Folgen dieser falschen Politik seien jetzt auffallend genug sichtbar geworden. Die größten unter den deutschen Kaisern, vor Allem die Hohenstaufen haben unendliche Schätze und Tausende von Menschenleben hingeopfert, um eine deutsche Herrschaft in Italien aufrecht zu erhalten, aber immer ohne dauernden Erfolg. Oesterreich habe diese falsche Politik mit gleich schlechtem Erfolge adoptirt. Auf die Kräftigung der süblichen Slavenvölker, auf deren Gewinnung solle Oesterreich vor Allem sein Augenmerk richten. Für Deutschland sei Böhmen, wie sich die Allgem. Zeitung lezthin ausdrückte, immer ein Geschwür und werde es immer bleiben. Nun gut, so schneide man es heraus. Die Böhmen haben durchaus nicht den Ehrgeiz, eine Schmaroger-Pflanze zu sein auf dem edlen Stamme der deutschen Eiche, um so deren kräftiges Wachstum und freie Entwicklung zu hindern. Man lasse diese „Schmarogerpflanze“ frei auf ihrem Boden im Kaiserthume Oesterreich aufwachsen und sie werde zu einem mächtigen Stamme, der Deutschland mit den übrigen Stämmen in dem herrlichen Walde Oesterreichs gegen die Stürme von Osten her schützen werde. Ein mächtiges selbstständiges Kaiserthum Oesterreich sei der sicherste Schutz, sei eine Nothwendigkeit für Deutschland.

Wächter: Er sei nicht derselben Ansicht mit seinem Collegen Kuranda. In Deutschland sei eine starke republikanische Partei nicht zu verkennen, aber Süddeutschland habe mit großer Majorität sich für das monarchische Princip erklärt. Als Zuwachs dieser Gesinnung wären die Deputirten aus Böhmen erwünscht. Eine Centralkraft sei nothwendig zur Kräftigung der deutschen Stämme. Natürlich müßte auch Oesterreich etwas von seiner Souveränität abtreten, er denke sich's mit den meisten Collegen in Frankfurt so: Es soll die Militär-Gewalt concentrirt werden, es solle nur eine Repräsentation nach Außen geben, ein Zoll- und Handelswesen, Einheit der Gesetze im Wesentlichen. Deutschland wünsche Oesterreich fest vereinigt zu sehen, gönne ihm aber seine Individualität. Deutschland wünsche „uns nur in seinen Armen zu haben.“

Dr. Pinkas sprach, wie der deutsche Bund uns immer hinderlich gewesen sei, wie Oesterreich endlich selbstständig werden solle. Wir wollen einen österr. Patriotismus schaffen. Es werde nicht leicht sein, aber es werde doch geschehen, wenn uns ein Anschluß an Deutschland nicht hindert. Ueber diesen Anschluß jetzt zu reden, sei sehr voreilig. Deutschland und Oesterreich mögen zuerst ihre Wiedergeburt abwarten, bevor sie ihre Ehepacten entwerfen. Der deutsche Bund war ein Fürstebund. Böhmen nahm man auf, ohne es zu fragen. Der Böhme mußte für einen Deutschen gelten; sollen wir noch zu diesem Bunde gehören, so müsse man uns erst fragen, jetzt sei aber die Frage über einen Anschluß Böhmens an Deutschland noch unreif, aber die Möglichkeit eines solchen Anschlusses möge vorbehalten bleiben. 68 Männer, natürlich die Besten des Landes, sollte man jetzt nach Frankfurt schicken, als wenn wir nicht zu Hause vollauf zu thun hätten, als wenn Böhmen jetzt seine Capacitäten entbehren könnte, wo in wenigen Wochen der Landtag in Prag berufen wird, wo der Reichstag in naher Aussicht steht. Und bestes noch jetzt ein deutscher Bund? — Wächter: Gewissermaßen. — Dr. Schilling (der während der Conferenz eingetreten und von Hrn. Wächter als Mitglied des Fünfsziger-Ausschusses, der sich den Deputirten hier angeschlossen habe, vorgestellt worden war): Er höre hier immer mit Wir reden, als ob die Herren im Namen aller Oesterreicher redeten. Er sei ein geborener Salzburger, er müsse in seinem Namen und in dem der übrigen Oesterreicher sich dagegen verwahren: Die deutschen Stämme werden sich bedanken, bei Oesterreich auch dann zu bleiben, wenn Slaven da herrschen sollten. Die 5 Millionen Deutsche würden von den 12 Millionen Slaven unterdrückt werden. Das können sie nicht gestatten. Dadurch müsse die Trennung der Deutschen provocirt werden. „Wir Deutsche in Oesterreich müssen uns trennen.“ In den deutschen Provinzen sei der projectirte österr. Patriotismus nicht möglich, wohl aber die Auflösung Oesterreichs nothwendig, wenn es nicht

deutsch bleibe. Die Slaven können nicht einig werden; schon klagen die Mährer über die Anmaßungen der Cechen. Das große slavische Reich sei wohl also noch in weitem Felde, und wolle mit Vernichtung der Magyaren beginnen. Mit dem Project des Slavenreiches beginnen die Revolutionen. Böhmen möge sich vorläufig an die Wirklichkeit, an das Gegebene halten und das Frankfurter Parlament beschicken. Wohl müssen sich die Nationen gruppieren, und Böhmen könne sich nicht isolieren. Sei ja doch Deutschland viel höher in der Politik, Böhmen sei ja deutsch, in Prag selbst alles deutsch, die Aushängschilder deutsch, seine Freiheit, seine Bildung sei eine deutsche, die cechische Literatur sei nicht und könne nicht Trägerin der Freiheit sein. Die Idee der Freiheit sei bei den Slaven nicht zu finden. Im Interesse der Freiheit fordere er Böhmen auf zum Anschlusse an Deutschland. — Ruppert: Wenn es ein Volk gebe, das für Freiheit glüht, so seien es die Slaven. Durch 200 Jahre habe man die Cechen geknechtet, alle Mittel habe der Despotismus angewendet, um das Land zu germanisieren, und der kleine Haufen der Cechen habe am 11. März in Prag gezeigt, daß er noch immer sein cechisches Selbstgefühl ungetrübt gewahrt hat; die Liebe zur Freiheit sei so zu sagen in seinem Blute. Doch möge man von der Politik absehen zur socialen Gestaltung des Landes. Wodurch sei unsere Industrie gesunken? Durch unsere Verbindung mit Deutschland. Deutschland würde endlich unser Grab werden. — Ebert fragt die Abgeordneten, ob sie ein einiges Deutschland hoffen, ob es schon garantirt sei? Vorderhand hätten wir noch keine Bürgschaft für uns in dem Zustande Deutschlands. Er habe Deutschland vor Kurzem nach allen Richtungen bereist, und einen solchen Zustand gefunden, daß diese gewünschte Einheit nicht so bald zu hoffen sei. Palacky dankt dem Dr. Schilling für die unumwundene Sprache, aber schmerzlich sei es, solche Worte von einem Oesterreicher zu hören. Inhuman sei eine Gesinnung, daß der Deutsche da nicht bleiben wolle, wo er nicht herrschen kann, wo er mit dem Slaven nur gleich berechtigt sein soll. Wenn der deutsche Oesterreicher bei allen ihm durch die bisherigen factischen Verhältnisse gebotenen Vorteilen dennoch Anstand nehme, in einen Bund von Gleichberechtigten einzutreten, so liege darin ein Geständniß der Schwäche, der Feigheit, welche er, der Redner, weit entfernt sei, den Deutschen überhaupt zuzumuthen. Schamröthe müsse bei solchen Aeußerungen den echten Deutschen übergießen. Doch die Deutschen seien zu herzhast, um solche Ansichten als Deutsche anzuerkennen. — Dr. Schilling: Es war vollkommen deutsch. (Unterbrechung.) Die Slaven wollen nicht eintreten zum deutschen Bunde, aber sie gehören ihm an. (Allgemeine Aufregung.) Die gegenwärtige Idee der Völker sei die Nationalität. Die Nationen sollen sich gruppieren. Wie könnten sich die deutschen Brüder in Oesterreich an Slaven anschließen. Die Millionen, die dem deutschen Bunde angehören, sollen sich ihm auch anschließen. — Graf Math. Thun: Schmerzlich sei es hören zu müssen, daß Jemand, der sich einen Oesterreicher nennt, über die Möglichkeit eines österr. Patriotismus in der Monarchie abspricht; dann wären die Slaven österr. als die Oesterreicher. Sein (des Redners) Name, seine Bildung sei deutsch, aber mit seinem ganzen Herzen, mit seinem ganzen Wesen einige er sich mit den Cechen. Die Slaven wollen sich einigen, aber ihr Interesse sei nicht Ausrottung anderer Nationalitäten. Sie seien überall mit den Deutschen gemengt, nur Wien könne für sie der wahre Vereinigungspunct sein; eine unbedingte, consequent durchgeführte politische Trennung der Nationalitäten Oesterreichs sei bei dem In- und Zwischeneinanderleben derselben unmöglich. — Dr. Gabler: Das deutsche Parlament sei zusammengetreten, um den Despotismus auszurotten; den deutschen Bund aber hätten die Fürsten geschlossen, um den Absolutismus zu schützen. Das habe aufgehört. Es binde uns daher weder der Vertrag der Fürsten von 1815 noch weniger die Carlsbader Beschlüsse. Was jetzt geschieht, müsse auf Entschlüsse der Völker sich gründen. In Deutschland gehe es auf die Gründung einer Republik los. Die kleinen Länder müssen aus Nothwehr sich zu einem Ganzen vereinigen. Bei uns aber sei eine Republik unthunlich, wenn es auch Leute genug gebe, die in einer Republik zu leben wüßten. — Kuranda: Sein und Wächters Wille sei friedlich zu vermitteln. Sie wollten nicht mehr von dem veralteten deutschen Bunde sprechen. Man nenne uneigentlich die Versammlung in Frankfurt ein deutsches Parlament, es sollte richtiger ein Congreß der Völker heißen. Auch die Böhmen sollen Deputirte nach Frankfurt schicken, wäre es auch nur, um gegen bestimmte Beschlüsse ihr Veto einzulegen. Vom socialen Standpuncte sei eine Einheit in der Menschheit wünschenswerth; eine solche Association beginne nun in Frankfurt. Eine Vereinigung in Bezug gewisser Gesetze, Heere, Zollwesen u. s. w. könne ja doch nicht schaden. — Dr. Brauner: Es könnte wohl eine solche Vereinigung möglich sein, bis sich beide Länder selbst würden organisirt haben; jetzt sei unmöglich darüber zu verhandeln. So gut Dr. Schilling sich aus Ge-

müthlichkeit an Deutschland schließen will, eben so ziehe auch die Slaven ein unbestimmtes Gefühl zu ihren slavischen Brüdern. Der Böhmen Interesse sei es, im Süden die Slaven zu gewinnen gegen russische Einflüsse. Es liege im eigenen Interesse Deutschlands uns aufzugeben. — Dr. Kieger klärt seine Rede über Illirien weiter auf; erklärt einen Conflict zwischen den Illiriern und Magyaren wohl als voraussichtlich, aber die Slaven wollten die Magyaren durchaus nicht schlachten, oder sie auch nur nationell vernichten. Der Adel in Ungarn habe die Slaven national und social unterdrückt; sie erhoben sich nun, um gleichberechtigt neben den Magyaren zu stehen, sie wollten nicht von einer fremden Nation beherrscht sein; sie wollten bei Oesterreich bleiben, aber sie wollten auch zugleich nationale Selbstständigkeit und Selbstverwaltung. Sie hätten ein gleiches Recht, das zu verlangen, wie wir Böhmen es hatten. Bei uns haben die Deutschen ihre nationale Suprematie über die Böhmen ruhig aufgegeben und wir könnten hoffen, daß diese Sache für immer abgethan sei. Er zweifle, daß die Magyaren ein Gleiches thun würden, und daß somit dieser Streit gleich ruhig und unblutig wie bei uns ausgetragen werden könnte. Doch sei es noch immer möglich, wenn die Magyaren nicht bloß die politische, sondern auch die nationale Gleichberechtigung der Slaven anerkennen. Nur auf der Grundlage der Gleichberechtigung aller Nationalitäten lasse sich die Monarchie erhalten, oder besser gesagt, fester als je reconstruieren. Die Slaven, die von dem Grundsatz der Gleichberechtigung ausgehen, könne nicht der unverdiente Verdacht treffen, daß sie die Deutschen oder Magyaren, oder irgend ein Volk unterdrücken würden. Nie hätten sich die Slaven, obwohl numerisch überwiegend oder politisch herrschend, fremden Nationalitäten gefährlich erwiesen; anders die Deutschen; eine volle Hälfte der Bevölkerung Norddeutschlands seien germanisirte Slaven. Wie könnten wir nach unsern gemachten Erfahrungen Vertrauen haben zu Deutschland. Wie könnten wir uns durch einen engeren Anschluß nur noch mehr gefährden? — Dr. Schilling: Es handle sich nicht um einen Anschluß, sondern um ein Nichtaustrreten. Die Böhmen seien im Bunde; wenn sie austräten, so sei dies eine Neuerung. — Graf Albert Deym: Die Freiheit sei kein deutsches Monopol, wie Hr. Dr. Schilling früher erwähnte. Was das Jahr 1620 genommen, das habe der Czeche am 11. März 1848 sich wieder genommen, es sei die Freiheit seine Errungenschaft. Zugleich mit den Rechten seiner Nationalität verlor er und erwarb sie auch wieder, und der Czeche war es, der die Gleichstellung beider Nationalitäten sofort zum Grundsatz machte. — Dr. Gabler: Die Zeit der Völkercongresse sei noch nicht gekommen. Man habe die Mündigkeit der Völker absichtlich hintangehalten. Man müsse noch viel nachholen. Sich anschließen an Deutschland hieße die Geschäfte, die ohnehin sich so häufen, noch vervielfältigen. Die Abgeordneten legen Gewicht auf die 1000jährige Verbindung der Böhmen mit Deutschland. Näher betrachtet, sei diese Verbindung Böhmens mit Deutschland ein fast 1000jähriger Kampf der Böhmen um ihre Selbstständigkeit und Nationalität. Es sei wahr, wir wurden in den letzten Zeiten zum deutschen Bunde gerechnet, man hat unser Land in der Bundesacte unter die übrigen deutschen Länder einbezogen, ohne unser Volk dabei um seine Zustimmung gefragt zu haben. Nun handle es sich um einen Bund der Völker, da werde man wohl also unser Volk, durch seine Vertreter am Landtage repräsentirt, fragen müssen. Der deutsche Bund sei nur eine politische Fiction gewesen, wir in Böhmen hätten hievon keine, oder doch keine gute practische Wirkung empfunden. Ein anderes sei's mit unserer Vereinigung mit Oesterreich; die war eine practische. Diese Verbindung mit Oesterreich verspreche uns Erhaltung der Nationalität und alle möglichen materiellen Vorteile. Diese genüge uns vollkommen, eine andere brauchen wir nicht! Darum halten wir zu Oesterreich! — Trojan: Wo viel Eigenthümlichkeit sei, da müsse sie auch gewahrt werden. Das Gemeinsame sei durch Aufgebung des Eigenthümlichen bedingt und das könne allerdings schaden. In Bezug auf Mähren sei Dr. Schilling im Irrthum. Das Volk sei dort noch nicht gefragt worden. Dr. Schilling habe gewiß auch nicht das eigentliche Volk, sondern wohl nur einige Bewohner einer oder der andern Hauptstadt gehört. Nur zur Orientirung sei es noch gesagt: die Stimmung des mährischen Volkes sei eine andere, als sie nach den bisher gehörten Stimmen scheine. Wir kennen Mähren aus eigener Anschauung und haben schriftliche Belege brüderlicher Sympathien auch aus Mähren in den Händen. — v. Wächter wünscht schließlich, daß in der Folge wenigstens Einigkeit erzielt werde und bekennet, die Schwierigkeit einzusehen, die bei der eigenthümlichen Lage der Böhmen darin liege, Deputirte nach Frankfurt zu schicken. Insbesondere wisse er gegen den Grund nichts zu sagen, daß man in dieser Zeit die Capacitäten nicht aus dem Lande schicken dürfe. Der deutsche Bund sei leider eine schlimme Fiction gewesen, er hoffe, es werde unter den Völkern anders werden.